

Menschenrechte gelten für alle Menschen !!! (?)

Kristina Di Bella, Harald Glöde

Aktive Zivilgesellschaft setzt sich gegen repressive Abschottungspolitik zur Wehr

Borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen e. V. wünscht alles Gute zum 30-jährigen Bestehen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein und der 100. Ausgabe des Magazins „Der Schlepper“.

Trotz unseres unterschiedlichen Alters (wir existieren nicht einmal halb so lange wie ihr) und der unterschiedlichen Schwerpunkte, ihr fokussiert auf das Bundesland Schleswig-Holstein und wir auf die Situation an den Außengrenzen der EU, gibt es eine fast kontinuierlich zu nennende Zusammenarbeit zwischen uns. In z.T. gemeinsam organisierten Veranstaltungen haben wir über die Ergebnisse unserer Recherchen zu der Situation im zentralen Mittelmeer, zu der Umsetzung der Rückführungsrichtlinie, den Abschiebehaftbedingungen in Spanien, Italien und Zypern oder den neuen Fluchtwegen durch die Sahara informiert.

Verbunden hat uns auch das große Interesse an einer Vernetzung von Unterstützungsorganisationen für Geflüchtete rund um die Ostsee, die im Rahmen zweier großer Konferenzen betrieben worden ist. Sehr hilfreich war dabei jeweils auch die gute Kooperation mit dem Flüchtlingsbeauftragten von Schleswig-Holstein. Es ist nicht selbstverständlich, dass Organisationen, die einen derartig unterschiedlichen Hintergrund haben, dermaßen respektvoll und gleichberechtigt miteinander kooperieren. Vor diesem Hintergrund sind wir natürlich sehr interessiert daran, diese Form der Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzuführen und auszuweiten.

Militarisierung und Brutalisierung der Abschottung

Seit dem „kurzen Sommer der Migration“ im Jahr 2015 sind wir mit einem massiven politischen und legislativen Rollback im Asyl und Migrationsbereich konfrontiert. Das bezieht sich auf das Erstarren rassistischer Bewegungen und Parteien und ein massives Ansteigen von gewaltsamen Übergriffen auf Menschen anderer Hautfarbe, aber auch auf die Verabschiedung immer neuer und restriktiverer Asylgesetze verbunden mit einem medialen Diskurs, indem Migration und Geflüchtete als Bedrohung dargestellt werden. Ergänzend dazu werden die Abschottungsmaßnahmen an den Außengrenzen der EU in einem bislang nicht für möglich gehaltenem Maß militarisiert und brutalisiert und sowohl die Einreise als auch humanitäre Hilfe und Unterstützung kriminalisiert.

Zur Untermauerung dieser Entwicklung hier nur kurz vier Beispiele:

- Am 18. Dezember 2020 wurde im Europaparlament das „Black Book of Pushbacks“ (<https://bit.ly/3gRLn0X>) präsentiert, erstellt vom Borderville Monitoring Network. Darin wurden auf 1.500 Seiten die Erfahrungen von über 12.000 Menschen dokumentiert, die Opfer der Pushbacks in Italien, Griechenland, Kroatien, Slowenien und Ungarn geworden sind, die mit Menschenrechtsverletzungen und gewaltsamen Misshandlungen verbunden waren.
- Im Oktober 2020 wurde von verschiedenen Medien gemeinsam nachgewiesen, dass Frontex in der Ägäis an illegalen Pushbacks beteiligt ist, bei denen Motoren der Schlauchboote zerstört werden, Asylsuchende zurück in türkische Gewässer geschleppt werden und Menschen auf aufblasbaren Rettungs-



borderline-europe

inseln ausgesetzt werden (<https://bit.ly/2Ree0ui>).

- Mit der Verhinderung der zivilen Seenotrettung sowie durch die enge Kooperation mit der sogenannten libyschen Küstenwache werden bewusst Menschen, die aus den Folterlagern Libyens fliehen, dem Ertrinken auf dem Mittelmeer überlassen, um andere von der Abfahrt aus Libyen abzuschrecken (<https://bit.ly/3u7VVN9>).
- Die Kriminalisierung der Flucht und der Solidarität, sowohl in Bezug auf die zivile Seenotrettung am Beispiel der Crew der „luventa“ (<https://iuventa10.org/>), aber auch am Beispiel von Geflüchteten (<https://bit.ly/3vuVjkY>) und solidarischen Menschen (<https://bit.ly/3e59ZRO>).

Abschiebungspatenschaften und Haftzentren

Diese exemplarischen Beispiele sowie die hemmungslose Kooperation mit Diktatoren bei der Bekämpfung der Migration (<https://bit.ly/3aTsj4W>) belegen, wie wenig sich die Staaten der EU an bestehende Gesetze oder gar internationale Menschenrechtskonventionen halten, bei ihrem Bestreben die Migration nach Europa zu stoppen.

Auch der im September 2020 von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag für einen neuen Migrations- und Asylpaket lässt keine menschenrechtskonformere Asylpolitik erwarten. Beispiele dafür sind das angedachte Pre-Screening in Abschiebehaftzentren in den Außenstaaten der EU mit äußerst eingeschränkten rechtlichen Möglichkeiten für die Geflüchteten, die Verstärkung der Rückführungen in die angeblich sicheren Drittstaaten bzw. Herkunftsländer, die sogenannten Abschiebepatenschaften und die wachsende Bedeutung von Frontex, deren gesetzeswidriges Eigenleben aktuell Gegenstand von Untersuchungen durch das EP und die Korruptionsbehörde der EU (OLAF) ist. Bislang hat dieses Paket immer noch den Status eines Vorschlags und trotzdem werden schon Fakten geschaffen, so hat die EU-Kommission einen Vertrag mit der griechischen Regierung über den Bau von Abschiebehaftlagern auf den griechischen Inseln abgeschlossen.

Widerständige Seenotretter und kreative Seebrücken

Der Widerstand gegen diese EU-Abschottungspolitik wird von vielen kleinen Initiativen, aber auch großen Organisationen getragen, die meistens medial nur sehr begrenzt präsent sind. Da gibt es die verschiedenen zivilen Seenotrettungsorganisationen, die schon Zehntausenden von Geflüchteten auf dem Mittelmeer das Leben gerettet haben, die sich weder durch die Kriminalisierung noch durch die zahlreichen Schikanen haben abschrecken lassen und die mittlerweile auch von der evangelischen Kirche aktiv unterstützt werden. Dazu arbeitet seit über sechs Jahren das internationale Netzwerk „Alarmphone“, bei deren Notrufnummer sich rund um die Uhr Boote melden können, die sich in Seenot befinden, und die Mitarbeiter*innen versuchen dann eine Rettung zu initiieren. Die Gründung dieser zivilgesellschaftlichen Nothilfe war notwendig geworden, weil die eigentlich verantwortlichen staatlichen Stellen die Notrufe oft ignoriert haben und heute kaum noch darauf reagieren.

Im Jahr 2018 wurde die internationale Bewegung „Seebrücke“ gegründet. Auslöser war unter anderem das immer sichtbarer werdende Vorhaben der EU, das Sterbenlassen im Mittelmeer als Abschreckungsmaßnahme gegen weitere Zuwanderung einzusetzen. Die Seebrücke fordert ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen sowie Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Mit ihrer Unterstützung haben sich bis heute 243 Städte und Kommunen in Deutschland zu „Sicheren Häfen“ erklärt und damit ihre Bereitschaft, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen, bekundet. Allerdings wird diese Bereitschaft durch das Bundesinnenministerium blockiert.

Nach dem zerstörerischen Brand in dem menschenunwürdigen Lager Moria wurde die Kampagne „Leave No One Behind“ gegründet, um die Bundesregierung bzw. die EU-Staaten dazu zu bringen, die Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln zu evakuieren.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der aktiven Zivilgesellschaft, die sich gegen diese repressive Abschottungspolitik zur Wehr setzt und für eine offene, gerechte und solidarische Gesellschaft kämpft.

Steh auf

Gedicht von Shamsia Azarmehr

Steh auf für das, was dich bewegt
 Du bist die Veränderung
 Du bist selbst Revolution
 Du bist, was die Welt braucht
 Steh auf für die Werte
 Steh auf für Gerechtigkeit
 Für Menschenrechte
 Frag nicht, was das bedeutet!
 In dem Moment als du mir über
 die Bedeutung fragst und die Philosophie herausfinden möchtest
 Tausende von Rechten werden verletzt
 Tausende Menschen werden verhungern
 Kinder, Frauen, Männer
 Tausende Menschen werden diskriminiert
 Tausende Frauen werden Gewalt erleben
 Sei die Stimme
 Wir brauchen dich
 Demokratie braucht dich
 Gesellschaft braucht dich
 Du bist meine Stimme
 Ich bin deine Stimme
 Wir sind unsere Stimme



Kristina Di Bella und Harald Glöde arbeiten bei [borderline-europe](http://borderline-europe.org/) Menschenrechte ohne Grenzen e. V. www.borderline-europe.de/